Freisinniger Eiertanz um Abschaffung des Frühfranzösisch

Will die FDP Schweiz das Französisch ab der 3. Klasse abschaffen? Nach der Delegiertenversammlung im Aargau schrieben einige «ja», andere «nicht wirklich». Was gilt? Einschätzungen von Seeländer Freisinnigen.

Werner De Schepper

Der Freisinn möchte wieder vermehrt als Partei wahrgenommen werden, die klare Kante zeigt. Das ist auch der Geist des provokativen Positionspapiers zur Zukunft der Volksschule, das die Delegierten am Schluss mit 249 gegen 4 Stimmen verabschiedet haben. Mit markigen Worten wird dort die integrative Schule als gescheitert erklärt und ein Zurück zu den Grundkompetenzen «Lesen, Schreiben, Rechnen» gefordert.

Auch im Papier enthalten war ein Kapitel mit dem Titel «Die Erstsprache hat Priorität – Abschaffung von Frühfranzösisch und Frühenglisch». 23 Abänderungsanträge gab es zum Positionspapier der FDP Schweiz. Was genau zum Thema Fremdsprachenunterrricht in der Primarschule beschlossen wurde, wurde in den Medien jedoch unterschiedlich rapportiert: Im «Bieler Tagblatt» stand am Montag: «Die Delegierten hielten an der Forderung, Frühfranzösisch und Frühenglisch abzuschaffen, fest.» Im Bericht der Nachrichtenagentur «Keystone-SDA» heisst es hingegen: «Frühfranzösisch und Frühenglisch sollen doch nicht gestrichen werden.»

Die Delegierten der FDP Schweiz verabschiedeten am Wochenende in Möriken-Wildegg ein Papier zur Volksssschule. Bild: zvg/fdp.ch

Provokativer Titel wurde weggelassen

Sandra Hess, Stadtpräsidentin von Nidau, kann den Widerspruch aufklären. Sie nahm als Präsidentin der FDP des Kantons Bern am Samstag an der Delegiertenversammlung (DV) teil. Sie verweist erstens darauf, dass die Abschaffung des Frühfranzösisch und des Frühenglisch tatsächlich ersatzlos aus dem Titel des Sprachenkapitels gestrichen wurde. Es heisst jetzt nur noch: «Die Erstsprache hat Priorität».

Laut Sandra Hess gab es noch eine zweite gewichtige Änderung: Ursprünglich hiess es im FDP-Schweiz-Papier: «Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn die Kinder die lokale Erstsprache beherrschen.» Darauf entgegnete ein Appenzeller Freisinniger, dann könne man lange oder ewig warten, bis jemand wirklich die Erstsprache beherrsche. Das überzeugte alle im Saal und ein Antrag des Walliser Delegierten Alexandre Luy kam in diesem Sinne durch. Neu heisst es: «Zweit- und Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.»

Für Sandra Hess sind das zwei wichtige Änderungen: «Wenn die Abschaffung im Titel stehen geblieben wäre, wäre es tatsächlich schwierig gewesen, dies als Parteipräsidentin des Kantons Bern tel quel zu vertreten.» Gefährlich sei laut Hess ein anderer Antrag gewesen, der die explizite Nennung der besonderen Situation der Brückenkantone aus dem Papier streichen wollte. «Das kam zum Glück nicht durch», so Hess.

Gabriel Caduff: «Sinnlos verbrauchte Zeit»

Leicht anders als bei Sandra Hess aus dem stark zweisprachigen Nidau tönt es beim Seeländer Gabriel Caduff, der ebenfalls als Delegierter in Möriken-Wildegg dabei war. Seine Interpretation des von der DV verabschiedeten Papiers zeigt: Die Wahrheit zum Thema FDP und Frühfranzösisch liegt nicht auf der Hand, sondern hängt vom Standpunkt des Interpreten ab. «Ich bin sehr glücklich über das Papier.» Auch bezüglich des Frühfranzösisch. Das sei in der Primarschule «sinnlos verbrauchte Zeit». Auch wenn die Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule in Möriken-Wildegg «leicht abgeschwächt» wurde, ist für Caduff diese Forderung implizit weiterhin im Papier drin, und das sei richtig so. Allerdings betont Caduff: «Biel ist natürlich ein anderer Fall.» Dort würden ja wirklich beide Sprachen im Alltag gesprochen.

Das sieht auch der Bieler Olivier Ammann so, der als Delegierter des Parti Radical Romand im Aargau war. Ammann begrüsst es, dass explizit erwähnt wird, dass für Brückenkantone andere Wege möglich sind.

Allerdings hält Ammann fest, dass die Situation an der Volksschule sich auch in Biel geändert habe. «Es gibt heute viel mehr Ausländerkinder, die weder Deutsch noch Französisch können.» Und noch etwas fällt Ammann auf: «Ich habe in Biel als Kind nicht nur in der Schule, sondern auch auf der Strasse die andere Sprache gelernt.» Heute aber sehe man viel weniger die Kinder draussen spielen.

Umso wichtiger ist es für Sandra Hess, dass nun der Kanton Bern sorgfältig evaluiert, was der zweisprachige Unterricht effektiv bringe.

Insbesondere die Resultate des immersiven Unterrichts in der Stadt Bern und in Biel, wo die Schülerinnen und Schüler täglich mit beiden Sprachen konfrontiert sind, interessieren Hess. «Dann müssen wir die richtigen Schlüsse ziehen.»

Die Erstsprache hat Priorität

«Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen. Ein Ausbau der Sprachaufenthalte (Sekundarstufe) ist zu prüfen. Nebst dem effizienten Erwerb einer Landessprache können Jugendliche dadurch auch die kulturelle Vielfalt der Schweiz erleben. Dies dient der nationalen Kohäsion. Falls eine Frühfremdsprache unterrichtet werden soll – so zum Beispiel in den Brückenkantonen – ist eine Schweizer Landessprache zu priorisieren.»

(O-Ton des definitiv verabschiedeten Sprachenkapitels des FDP-Papiers zur Volksschule)

REKLAME

marti

Jetzt buchen: Tel. 032 391 02 40
Ernst Marti AG, 3283 Kallnach | www.marti.ch

9. & 10. Juli / Taylor Swift im Letzigrund
Carfahrt CHF 45.–

16. Juli / Genfersee mit Yvoire (F)*
Carfahrt und Schifffahrt CHF 65.–

25. Juli / 15. August
Thunerseespiele Mary Poppins
Carfahrt, Eintrittsticket
Kategorie 1 CHF 197.–
Kategorie 1 CHF 167.–

28. Juli / Schiff & Dampfbahn im Elsass (F)*
Carfahrt, Schifffahrt und
Bahnfahrt CHF 79.–

Tagesfahrt Europa-Park (D)*
18./19./25./26./27. Juni
Erwachsene CHF 98.–
Kinder/Jugendliche 4 – 19 J. CHF 93.–
inkl. Carfahrt und Eintritt

Abfahrtsorte auf www.marti.ch
* ID/Pass erforderlich!
Alle Preise pro Person.

Psychiatrische Versorgung: Kein Abbau

Der Kanton prüft die Fusion der Psychiatrien im Kanton Bern. Jetzt ist klar: Die psychiatrische Versorgung in der Region Biel soll bestehen bleiben.

Brigitte Jeckelmann

Die geplante Fusion des Psychiatriezentrums in Münsingen und der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern ist noch nicht in trockenen Tüchern. Unter dem Projektnamen Morgenrot haben die beiden Psychiatrien mit Unterstützung einer Unternehmungsberatung dem Berner Regierungsrat ihren Schlussbericht zur Fusion vorgelegt.

Als Reaktion darauf und als Antwort auf eine Motion der Grossrätinnen Anna Tanner (SP Biel) und Barbara Stotzer Wyss (EVP Büren) hält der Regierungsrat fest: Der Bericht habe Fragen offengelassen, die es vor einem Entscheid zu klären gelte.

Unter anderem geht es darum, ob die Krisenintervention am Spitalzentrum Biel der Fusion zum Opfer fallen sollte. Dies, um den Fachkräftemangel aufzufangen und Kosten zu sparen.

Lokale Politikerinnen und Politiker befürchten, dass Biel und das Seeland dadurch zur «psychiatrischen Wüste» werden, wenn das ohnehin schon knappe Angebot vollends verschwinden sollte.

Dass dies für Biel und die Region prekär werden könnte, ist dem Regierungsrat bewusst. Man sehe den Bedarf. «Daher steht die Region Biel im Fokus der Überlegungen zur Versorgung», heisst es in der Antwort.

Für den Regierungsrat ist klar: «Eine nachhaltige Lösung mit Partnern am Standort Biel ist erst nach der Erstellung des Neubaus des Spitalzentrums Biel in Brügg realisierbar.»

Dies wird noch eine Weile dauern. Die Baubewilligung für das neue Spital soll Ende dieses Jahres eingereicht werden. Nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens sei für die Realisierung mit rund vier Jahren zu rechnen, heisst es auf der Website des Spitalneubaus.

In der Zwischenzeit bleibt in Biel alles so, wie es ist, es komme vorläufig bestimmt nicht zu einem Abbau, das versichert Gundekar Giebel, Leiter Kommunikation bei der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, auf Anfrage. Eine Fusion sowie das künftige dezentrale Versorgungsangebot würden sorgfältig geprüft. Wann ein Entscheid vorliegt, kann er noch nicht sagen.